



Foto: (c) Educult

DR. MICHAEL WIMMER

ist Geschäftsführer von

Educult. Er ist Dozent an der Universität für angewandte Kunst Wien zu Kulturpolitikforschung sowie Lehrbeauftragter am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaften der Universität Wien. Er war Mitglied der Expertenkommission des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zur Einführung der Neuen Mittelschule. Auf dem internationalen Parkett ist er als versierter Berater des Europarats, der UNESCO und der Europäischen Kommission in kultur- und bildungspolitischen Fragen aktiv. Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Internationalen Konferenz für Kulturpolitikforschung (iccpr).

WEITERE

INFORMATIONEN

www.educult.at

„Die Fähigkeit, das Leben glücklich zu gestalten.“*

Eine kleine Geschichte der kulturpolitischen Reformer in Österreich

Kulturpolitik ist keine Erfindung der jüngsten Zeit. Die Geschichte Österreichs ist voll von Reformern, die für Kunst und Kultur eingetreten sind und vieles verändert haben. Michael Wimmer wirft einen Blick auf diese umtriebigen Kulturpolitiker. (* Fred Sinowatz)

Ein Beitrag von Michael Wimmer

Über die wichtigsten kulturpolitischen Reformer zu sprechen, bedeutet in Österreich, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Immerhin spricht viel für die Annahme, dass die entscheidenden kulturpolitischen Akteure nicht in den politischen Amtsstuben sondern in den großen Kunst- und Kultureinrichtungen zu finden sind. Dies zeigt sich bereits am Ende der K.u.K.-Monarchie, etwa in Gustav Mahler, der als Hofoperndirektor in den Jahren 1897 bis 1907 eine wegweisende Opernreform auf den Weg gebracht hat und bis heute eine zentrale Figur des damaligen Kulturlebens darstellt. Max Hussarek von Heinlein, der in den Vorkriegs- und Kriegsjahren Unterrichts- und Kulturminister des untergehenden Habsburgerreiches war, ist hingegen selbst für Kenner der österreichischen Geschichte heute nicht mehr erinnerlich.

Auch mit dem Ende feudaler Herrschaftsansprüche 1918, das den nunmehrigen Kleinstaat Österreich mit einem riesigen kulturellen Erbe eines europäischen Imperiums ausstattete, waren es vorrangig Künstlerpersönlichkeiten wie Richard Strauss, Staatsoperndirektor von 1919 bis 1924, vor allem aber Max Reinhard und Hugo von Hofmannsthal, die mit der Gründung der Salzburger Festspiele versucht haben, der jungen Demokratie einen einzigartigen, zugleich rückwärtsgewandten kulturellen Stempel aufzudrücken.

Eine heute weitgehend unbedankte Reformfigur war der junge Ministerialreferent für Museen und Denkmalpflege im Unterrichtsministerium Hans Tietze. Ihm ist es wesentlich zu verdanken, dass die kaiserlichen Sammlungen in Zeiten äußerster Not weitgehend unbeschadet in die staatliche Verwaltung übernommen werden konnten. Als Kunstkritiker und Förderer der zeitgenössischen Kunst hatte er spätestens mit dem Beginn des Austrofaschismus 1933 mit zunehmenden Repressionen zu kämpfen und entschloss sich – wie viele andere Reformer der damaligen Zeit –, der austrofaschistisch verfassten Kulturnation Österreich für immer den Rücken zu kehren.

Tietze war einer, der in der Zwischenkriegszeit mit den Reformen des „Roten Wien“ sympathisierte, deren wichtigsten (kultur-)politischen VertreterInnen sich erstmals im großen Stil für die Einbeziehung bislang vom Kulturgesche-



... Eine kleine Geschichte der kulturpolitischen Reformer in Österreich

hen ausgeschlossener Gruppen einsetzten. Zu nennen ist vor allem Otto Glöckel, der mithilfe einer umfassenden Schulreform – die auch Arbeiterkindern eine höhere Bildung zu Teil werden lassen wollte – die Grundlagen für den Anspruch einer proletarischen Gegenkultur zur Emanzipation der Arbeiterschaft aus der Benachteiligung durch eine bourgeoise kulturelle Hegemonie schuf.

**„Weitermachen, wo uns die Träume eines Irren unterbrochen haben“
(Alexander Lernet-Holenia)**

Es versteht sich von selbst, dass sich der Begriff „Reform“ im Rahmen diktatorischer Herrschaftsformen verbietet. Dazu kommt, dass die wesentlichen Reformkräfte wie Hans Tietze das Land verließen bzw. verlassen mussten, während die meisten zurückgebliebenen Kulturschaffenden nur allzu bereit waren, sich in die neuen politischen Verhältnisse zu fügen. Das ist nur einer der Gründe dafür, dass das entscheidende Old-Boys-Network aus KünstlerInnen und (Kultur-)politikern nach 1945 nur wenig Bedarf sah, einen umfassenden, auch kulturpolitischen Reformprozess in Gang zu setzen. Sie hielten es vielmehr mit dem Autor und Pen-Club-Präsidenten Alexander Lernet-Holenia, demzufolge Österreich nur dort fortzusetzen brauche, „wo uns die Träume eines Irren unterbrochen haben“.

Ein Stück aus der Reihe tanzte damals der erste Wiener Kulturstadtrat der Nachkriegszeit Viktor Matejka (1945–1949), der sich für eine andere, fortschrittliche Kulturpolitik einsetzte, etwa in dem er österreichische KünstlerInnen im Exil offensiv einlud, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Dem KPÖ-Kurzzeit-Unterrichtsminister und brillantem Intellektuellem Ernst Fischer wiederum ist es zu verdanken, dass es zu einer inhaltlichen Neubestimmung der politisch schwer angeschlagenen Kulturnation Österreich gekommen ist, deren Überlebensfähigkeit von vielen bezweifelt worden ist.

Ungeachtet dieser Versuche verstand sich die österreichische Kulturpolitik bis weit in die 1960er Jahre vor allem als Bewahrerin eines katholisch-konservativen Geistes. Zuständige Minister wie Heinrich Drimmel versuchten, diese Haltung etwa durch die Erneuerung von Konkordatsverträgen mit dem Vatikan weiter zu befestigen. Es kann als eine Ironie der Geschichte angesehen werden, dass es ausgerechnet Drimmel war, der mit der Aufstellung des für die Weltausstellung in Brüssel 1958 von Karl Schwanzer geschaffenen Österreich-Pavillons den Grundstein für eine institutionelle Verankerung des zeitgenössischen Kunstschaffens legte. Dass das katholisch-konservative Milieu auch ein widerständiges Denken hervorzubringen vermochte, bewiesen Figuren wie Friedrich Heer, der wesentliche Beiträge zur intellektuellen Debatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit leistete und trotzdem ein unbedanktes Außenseiterdasein innerhalb des Kulturbetriebes fristete.

Reformerischer Widerstand gegen den „Modergestank eines altdeutsch möblierten Wohnzimmers“ (Gerhard Roth) fand sich vor allem in kleinen isolierten Milieus in den städtischen Ballungszentren. So nahm in Wien der heute



... Eine kleine Geschichte der kulturpolitischen Reformer in Österreich

weltweit gewürdigte „Wiener Aktionismus“ seinen aufregenden Anfang. Aber auch in der bürgerlichen Hochburg Graz probten Initiativen wie das „Forum Stadtpark“ den Aufstand gegen den etablierten Kulturbetrieb.

„Für eine durchaus radikale Kulturpolitik“ (Bruno Kreisky)

Insgesamt markieren die späten 1960er Jahre eine unerhörte gesellschaftspolitische Aufbruchsstimmung, die sich die zwischen 1970/71 bis 1983 allein regierende Sozialdemokratie zunutze machte. Womit wir bei den beiden zentralen kulturpolitischen Reformern der Nachkriegszeit wären. Bundeskanzler Bruno Kreisky persönlich rief, zu einer „durchaus radikalen Kulturpolitik“ auf, die „sich mit ganzer Respektlosigkeit gegen das Bestehende, gegen das Etablierte wendet“. Er zielte dabei auf eine Vielzahl widerständiger Jugend- und Kunstszene, die bislang in den gesellschaftlichen Untergrund verwiesen waren. Dazu forderte er Intellektuelle und Künstler auf, ihm „ein Stück des Weges“ zur umfassenden Reform des Landes zu folgen.

Die Detailarbeit dazu überließ er seinem Unterrichts- und Kunstminister Fred Sinowatz, der – durchaus im Einklang mit deutschen Engwicklungen rund um Hilmar Hoffmann und Hermann Glaser – eine kurze Hochzeit der österreichischen Kulturpolitik einläuten sollte. Ideologisch verortete Sinowatz Kulturpolitik „als eine Fortsetzung von Sozialpolitik“, die bislang benachteiligten Gruppen neben materieller auch immaterielle Umverteilung zugutekommen lassen wollte. Damit wollte er erreichen, „dass der einzelne in die Lage kommt, sein Leben zu kultivieren – d.h. glücklich und sinnvoll zu gestalten.“

Mit dem Plädoyer für eine „umfassende Kulturpolitik“ trug das SPÖ-Parteiprogramm 1978 die Handschrift von Fred Sinowatz. Dort bekannte sich die Regierungspartei noch einmal ausdrücklich als eine „Kulturbewegung, die durch den Aufbau einer sozialen, gerechten Gesellschaft die Entfremdung des Menschen in allen Lebensbereichen überwinden und seine Entfaltung fördern will.“ Alle diese grundlegenden kulturpolitischen Überlegungen haben auch eine pragmatische Seite, wenn es Fred Sinowatz in den 1970er Jahren sukzessive gelungen ist, der traditionellen Förderung des kulturellen Erbes ein ausdifferenziertes Fördersystem zugunsten der einzelnen Sparten der Gegenwartskunst (inklusive dem bislang verpönten Kunstmedium Film!) zur Seite zu stellen. Dieses bildet bis heute den zentralen Transmissionsriemen kulturpolitischer Maßnahmen, die die Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens zum Ziel haben.

Sinowatz ging aber noch einen Schritt weiter, wenn er mit dem „Kulturpolitischen Maßnahmenkatalog“ erstmals versuchte, die bislang ausschließlich produktionsorientierte Kulturpolitik um Elemente der Rezeptionsorientierung zu ergänzen. Mit der Implementierung von neuen Einrichtungen wie dem Österreichischen Kultur-Service setzte er bis heute gültige Maßstäbe, wenn es um die Vermittlung von Kunst und Kultur an bislang ausgeschlossene Gruppen geht. (Im Unterschied zu Deutschland konnte sich in diesem



... Eine kleine Geschichte der kulturpolitischen Reformer in Österreich

Zusammenhang der Begriff der Kulturellen Bildung (noch) nicht durchsetzen, obwohl gerade Fred Sinowatz immer wieder versucht hat, einen engen Zusammenhang zwischen Kultur- und Bildungspolitik herzustellen).

„Die Segel einem günstigen Wind entsprechend zu setzen“ (Fred Sinowatz)

Nach den vielen Jahren der Zensurversuche vor allem von katholisch-konservativer Seite fällt in die Amtszeit von Fred Sinowatz auch die Verankerung der „Freiheit der Kunst“ 1982 in der Österreichischen Bundesverfassung, die wiederum die Grundlage für die Verabschiedung des bis heute gültigen Bundeskunstförderungsgesetzes 1988 bildete. Mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise ab dem Beginn der 1980er Jahre zeigten sich Ermüdungserscheinungen im politischen Reformeifer, die im Kulturbereich zur Entstehung einer Reihe neuer eigen- bis widerständiger kulturpolitischer Akteure führte. Sinowatz selbst relativierte am Ende seiner politischen Laufbahn seine Bemühungen, in dem er meinte, kulturpolitisch wäre es gelungen, „die Segel einem günstigen Wind entsprechend zu setzen“.

Eine wesentliche Motivation der kulturpolitischen Reformbemühungen der 1970er Jahre auf Bundesebene beruhten auch auf dem Umstand, dass sich die eigentlichen Akteure („Kultur“ ist in Österreich Ländersache) bislang damit begnügt hatten, kulturelle Traditionspflege zu betreiben. Diese Rückwärtsgewandtheit ist dank des Engagements einer Reihe regionaler Reformkräfte dem Anspruch gewichen, unverwechselbare Profile im Konzert des aktuellen Kunst- und Kulturgeschehens zu entwickeln. Hanns Koren bzw. Kurt Jungwirth in der Steiermark, Erwin Pröll und Josef Pühringer in Nieder- und in Oberösterreich oder Jörg Mauthe, Erhard Busek, Helmut Zilk und Ursula Pasterk in Wien seien hier stellvertretend erwähnt.

Im Nachvollzug wird deutlich, dass der politische Wille der 1970er Jahre, Kulturpolitik einen so hohen Stellenwert im gesellschaftlichen Reformprozess zuzuweisen, nur auf den Ausläufern einer wirtschaftlichen Nachkriegseuphorie möglich war, die spätestens in den 1980er Jahren auch in Österreich neuen gesellschaftlichen Realitäten Platz machen musste. Ungeachtet dessen finden sich auch in den folgenden Jahren weitere Reformbemühungen, die sich – freilich weniger „umfassend“ konzipiert – auf konkrete Problemlagen beziehen. So bemühte sich die österreichische Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg seit den 1970er Jahren um die Errichtung des ersten und bislang einzigen Museums Moderner Kunst, das schließlich 30 Jahre später auf dem Areal des Wiener Museumsquartiers seinen endgültigen Standort finden sollte.

Eine zentrale kulturpolitische Aufgabe seit den 1990er Jahren bestand in der umfassenden Renovierung der Bundesmuseen. Die dafür notwendigen „Museumsmilliarden“ wurden von Sektionschef Johann Marte verwaltet, der zugleich wesentliche Akzente in der Weiterentwicklung der Bibliotheken und des Denkmalschutzes setzte. Inspiriert vom damaligen Wirtschaftsminister (und Bundeskanzler der ersten schwarz-blauen Bundesregierung) Wolfgang



... Eine kleine Geschichte der kulturpolitischen Reformer in Österreich

Schüssel, der die Losung „Weniger Staat, mehr privat“ zu seiner politischen Handlungsmaxime erklärte, begann Marté auch mit der Umsetzung eines umfassenden Konzepts der Reorganisation, als in diesen Jahren die Bundesmuseen, in der Folge auch die Bundestheater mit weitreichenden kulturpolitischen Folgen von der Teilrechtsfähigkeit aus der unmittelbaren Bundesverwaltung in die Vollrechtsfähigkeit entlassen wurden.

Während es dem für Kunst zuständigen Bundesminister Rudolf Scholten in den 1990er Jahren nochmals gelang – gegen wachsende Budgetrestriktionen – die Fördermittel für Gegenwartskunst beträchtlich zu erhöhen, versuchte Claudia Schmied ab 2007 noch einmal an die Intentionen von Fred Sinowatz anzuknüpfen, indem ihr erstes kulturpolitisches Anliegen darin bestand, mit dem Angebot der Kunst- und Kultureinrichtungen mehr, vor allem bislang abseits stehende Menschen zu erreichen. In dem Maß, in dem sie sich mit ihren Bemühungen nicht mehr auf ein gesellschaftspolitisches Reformkonzept berufen konnte, versandete ihr Anliegen mit den geänderten Schwerpunkten ihrer Nachfolger.

„Van der Bellen hat die Hautevolee der Staatskünstler und ich die Menschen“(FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer)

Es fällt mir schwer, die kulturpolitischen Intentionen einer erstarkenden Rechtsbewegung in Österreich als reformistisch zu titulieren. Immerhin fällt auf, dass die FPÖ und ihr Umfeld eine neue kulturpolitische Agenda betreibt, eher eine kulturelle Hegemonie anstrebt. Diese richtet sich gegen eine von ihr als Elite denunzierte künstlerische Intelligenz und geriert sich darüber hinaus vor allem ethnisch-kulturell, zuletzt im Rahmen einer Wiederauflage eines „Kulturkampfes“ auch zunehmend anti-islamisch. Während sich Teile des rechtsextremen Lagers avantgardistischer Praxen linker und anarchistischer künstlerischer Szenen der 1970er zur Störung des Kulturbetriebs bedienen, pocht ein anderer Teil auf die Wiedergewinnung kultureller Homogenität, vor allem gegenüber bestimmten Migrationsfraktionen und geflüchteter Menschen, die als kulturell unzugehörig verhandelt werden.

Es waren einzelne herausragende Künstlerpersönlichkeiten wie Gerard Mortier und Klaus Peymann, die bereits in den 1990er Jahren in den politischen Ring gestiegen sind, um Partei für die Fortsetzung einer fortschrittlichen Kulturpolitik zu ergreifen. Die aktuellen Wahlauseinandersetzungen lassen nicht erkennen, dass sich die Kunst- und Kulturszene stark weiß in der Aufrechterhaltung eines über das individuelle Erfolgsstreben hinausgehenden Reformwillens, der über die Verteidigung des Bestehenden hinausweist.

Bleibt uns die Erinnerung an den zentralen kulturpolitischen Reformer der Zweiten Republik Fred Sinowatz, der uns ein Vermächtnis mitgegeben hat: „Kulturpolitik ist eine ebenso umfassende wie nie abgeschlossene gesellschaftspolitische Aufgabe ... Es ist dieser Politikbereich, der längerfristig die politische Vision sein wird.“¹